

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Christine Kamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Erwin Huber

Abg. Thomas Gehring

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Kein drittes Hilfspaket für Griechenland: Für einen fairen und ehrlichen Umgang
mit dem bayerischen Steuerzahler und dem griechischen Hilfsbedarf
(Drs. 17/7552)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäischen Einigungsprozess fortführen (Drs. 17/7580)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein schwieriges Thema, einen Königsweg gibt es an dieser Stelle und in dieser Phase sicher nicht mehr.

(Zuruf von der CSU: Warum habt ihr dann den Antrag gestellt?)

- Teuer wird es so oder so, aber dann sollte man es wenigstens ehrlich und richtig machen. Wenn in diesen Tagen von neuen Krediten und neuen Finanzhilfen die Rede ist, dann ist doch allen klar, dass dieses Geld nie mehr zurückkommen wird. Das muss man auch sagen dürfen. Auf dieser Grundlage muss man auch über Lösungen nachdenken. Natürlich gibt es keine leichte Entscheidung in der Frage, ob der EU, ob der Eurozone und ob auch Griechenland mit einem dritten Hilfspaket wirklich geholfen ist. Es gibt Gründe für dieses Hilfspaket. Davon will ich ein paar nennen: Einmal ist das Hilfspaket die Fortsetzung des ursprünglich eingeschlagenen Weges. Die Eurozone soll erhalten werden. Ein Ausfransen soll von vornherein verhindert werden. Ein wichtiger Aspekt ist zudem, dass das Verhältnis zu Frankreich nicht über die Maßen belastet

werden soll. Immerhin – das ist bekannt – sind französische Institutionen und Banken besonders in Griechenland engagiert. Zuletzt – das ist sicherlich mehr an die Staatsregierung gerichtet – soll die Kanzlerin nicht beschädigt werden. Man braucht sich bei einer Fortsetzung dieses Weges nicht mit dem Ausfall von Forderungen zu befassen. Da wird es schon fragwürdig. Es bedarf keiner Rechtfertigung für solche Forderungsausfälle. Die Fortsetzung der bisherigen Politik verlagert die Belastungen auf künftige Generationen, auch auf künftige Politikergenerationen. Das ist ein probates Mittel. Die Fortsetzung der bisherigen Politik erübrigt im Übrigen auch das Eingeständnis, dass die bisherige Politik in Griechenland, auch die Politik der EU, erfolglos war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sind durchaus nachvollziehbare Gründe; aber sie sind eben nicht gut genug, um die Fortsetzung dieser Politik zu rechtfertigen; denn auch die Politik kann ökonomische Gesetze nicht außer Kraft setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich sagen, warum wir ein drittes Hilfspaket und insbesondere ein Hilfspaket wie das vorgesehene für falsch halten. Ich werfe zunächst einen Blick auf die Entwicklung in Griechenland von 2010 bis 2014. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist um 30 % gesunken, der Durchschnittslohn hat um 38 % abgenommen, die Durchschnittsrente um 45 %. Einen Anstieg kann man bei den Depressionen finden, wo es ein Plus von 270 % gab.

Der bisherige Weg bietet keine neuen Perspektiven für Griechenland. Das ist der zentrale Punkt. Das wissen wir alle. Die Schuldentragfähigkeit ist nicht gegeben. Griechenland nähert sich bei der Gesamtverschuldung der 200-%-Marke. Damit ist die Schuldenlast für dieses Land sicherlich untragbar geworden. Wenn der IWF in diesen Tagen vorschlägt, Griechenland nicht nur bis 2020 oder 2023, sondern für die nächsten 30 Jahre von allen Zahlungen im Zusammenhang mit den Krediten zu befreien, spricht das eine deutliche Sprache. Ständige Einschränkungen können keine Konjunk-

turbelebung auslösen. Ich erinnere nur an unser Konjunkturprogramm des Jahres 2009. Das jetzige Spardiktat wird Griechenland nicht helfen, sondern es eher erdrosseln. Eine Erholung ist bei den bestehenden Ausgangsbelastungen einfach nicht zu erwarten. Die Ausgangslage ist zu schlecht. Um Missverständnissen vorzubeugen: Verantwortlich dafür sind in erster Linie die Griechen; aber die EU hat die Entwicklung über Jahre begleitet. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten einen verantwortungsvollen Umgang mit des Steuerzahlers Geld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es macht keinen Sinn, die Probleme Griechenlands mit immer mehr Geld zuschütten zu wollen. Das spüren die Menschen, und wir alle wissen es. Die Eurozone in ihrer jetzigen Verfassung macht keinen vertrauenerweckenden Eindruck. Wenn Griechenland um jeden Preis in der Eurozone gehalten werden soll, bleiben andere draußen. Polen beispielsweise hat mit Blick auf die derzeitige Gemengelage und die immerwährende Diskussion erklärt, an einem Beitritt zur Eurozone kein Interesse zu haben. Die Performance ist schlicht nicht attraktiv. Wir erleben es täglich: Das permanente Ringen um Griechenland lähmt den Euro, vor allem aber die Europäische Union. Es gäbe genügend noch wichtigere globale Themen. Ich will nur die Flüchtlingssituation, die Asylsituation und die Klimaentwicklung nennen, mit denen sich die Europäische Union kraftvoll befassen müsste. Die Menschen erwarten eine ehrliche und klare Politik. Es geht auch um die Reputation der Politik und die Wertschätzung der Europäischen Union insgesamt. Die Menschen haben derzeit angesichts des ständigen Ringens und Verhandels das Gefühl, dass hier mehr getäuscht als getauscht wird. Dem ist ein Ende zu setzen. Zuletzt sei gesagt: Nicht der Euro, sondern die Europäische Union ist das erfolgreiche Friedens- und Freiheitsprojekt, das nicht zur Debatte steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen teilen wir Finanzminister Söders Einschätzung. Leider ist er heute nicht da; möglicherweise hat er eine namentliche Abstimmung gefürchtet.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Grexit wäre der fairste und ehrlichste Weg, fraglos auch teuer, fraglos auch holprig, aber die beste Chance für eine stabile Europäische Union und einen Erfolg versprechenden Neubeginn in Griechenland. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und insbesondere der Staatsregierung, Loyalitätspflichten gegenüber der Bundeskanzlerin haben. Das stellt möglicherweise das größte Problem dar. Aber machen Sie ihr klar, dass sie, die Bundeskanzlerin, nach unserer festen Überzeugung dabei ist, der EU mit dieser Politik eher zu schaden und sie zu schwächen als zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen bitte ich im Sinne unseres Antrags darum, für eine klare, ehrliche Politik und einen ehrlichen Umgang mit dem Griechenland-Problem zu sorgen und unserem Antrag zuzustimmen.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN sei gesagt, dass auch Sie, wenn ich Ihren Antrag richtig verstanden habe, unserem Antrag durchaus zustimmen wollen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Das haben Sie nicht richtig verstanden!)

Was jetzt mit diesem dritten Hilfspaket geschehen soll, stößt nicht auf Ihre Zustimmung. Die Erdrosselung Griechenlands, die in Ihrem Antrag beschrieben ist, kann an dieser Stelle Ihrerseits konsequenterweise nicht unterstützt werden. Wenn man den Blick auf Griechenland richtet, geht es in diesen Tagen um einen Euro-Kolonialismus. Wenn beispielsweise die Griechen neue Gesetze machen wollen, die haushaltsrelevant sind, müssen sie solche Gesetze zunächst in Brüssel zur Zustimmung vorlegen, bevor sie sie in ihr eigenes Parlament einbringen. Das gilt für viele andere Dinge mehr. Das ist nichts, was die Europäische Union stabilisiert, sondern stellt ein Diktat

des Euro dar. Das wollen wir ganz bestimmt nicht. Wir lehnen diesen Weg ab und fordern einen Neuanfang. Das sind die Chancen für Europa und Griechenland. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Muthmann, leider können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Sie gefährden das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zwar teilen wir Ihre Kritik an dem Sparpaket, aber Sie geben keine Vision vor, wie es mit Griechenland und Europa weitergehen soll. Das ist das Mindeste, was europapolitische Anträge leisten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich spreche zu unserem Antrag betreffend "Europäischen Einigungsprozess fortführen". Der Prozess hat begonnen, er ist nicht vollendet, er muss fortgesetzt werden. Wir hier in Bayern und Deutschland – das sollten wir niemals vergessen – verdanken Europa sehr viel. Wir verdanken dem europäischen Einigungsprozess sehr viel. Unsere gute Entwicklung in Frieden und Freiheit, die Wiedervereinigung, unser jetziger Wohlstand und unsere Wirtschaftskraft waren und sind nur in diesem Europa möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dieses Europa weiterhin. Nur mit Europa können wir die drängendsten globalen Probleme, denen wir uns jetzt gegenübersehen, entgegentreten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir reden jetzt über das dritte Rettungspaket!)

– Ich rede jetzt von unserem Antrag. – Klimaschutz, furchtbare Kriege vor unserer Haustür, über 30.000 Menschen, die in den letzten Jahren im Mittelmeer ertrunken sind, eine zunehmende Zahl an Flüchtlingen und Fluchtproblemen – diesen Problemen können wir in Europa nur gemeinsam entgegentreten.

(Reserl Sem (CSU): Thema verfehlt!)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, Ihr Vorschlag ist eine Gefährdung dieses Europas und des europäischen Einigungsprozesses und von Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfolge dieses europäischen Einigungsprozesses wurden jetzt auch von Vertretern der Bundesregierung wie Herrn Schäuble zur Disposition gestellt, indem er von einem Grexit spricht. Dies vernehmen wir mit großer Sorge. Zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik hat sich die Bundesregierung für weniger statt für mehr Europa eingesetzt und mit dieser Forderung einen Flächenbrand, Herr Kollege Aiwanger, im südlichen Europa riskiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Grexit wäre europapolitisch fatal. Europa darf nicht weiter auseinanderdriften. Ein Grexit wäre auch haushaltspolitisch sicher die denkbar teuerste Lösung für Deutschland und den Rest der Eurozone – nicht zuletzt für die Menschen in Griechenland. Griechenland würde noch weitaus tiefer in eine dramatische wirtschaftliche und soziale Katastrophe abgleiten. Die Bevölkerung würde enorm verarmen, und einige sehr Reiche würden enorm profitieren.

Was brauchen wir jetzt? – Für Europa und für die Menschen in Griechenland brauchen wir klare Weichenstellungen und klare Rahmenbedingungen für eine nachhalti-

ge, zukunftsfähige Entwicklung. Mit der Unsicherheit und Unklarheit der letzten Monate wurde unendlich viel Vertrauen zerstört, Vertrauen, das wir für morgen brauchen. Außerdem wurden zig Milliarden Euro verbrannt. Aus dem jetzigen Problem kommen wir nur heraus, wenn wir gemeinsam tragfähige Lösungskonzepte auf Augenhöhe entwickeln. Reine Sparpolitik kann die Probleme nicht lösen. Das gestern um Mitternacht mit viel Bauchschmerzen im Athener Parlament verabschiedete Sparpaket reicht jedenfalls nicht aus, um die Probleme zu lösen und der wirtschaftlichen Stagnation Griechenlands entgegenzutreten, sondern verschärft leider die dramatische Entwicklung. Darüber hinaus ist dieses Paket eine Entmündigung des griechischen Parlaments in einer Phase, wo wir eigentlich die Reformfähigkeit dieses Parlaments stärken und nicht schwächen müssten.

Wir sagen: Wir brauchen mehr Zusammenhalt, mehr Solidarität und mehr Dialog auf Augenhöhe in Europa. Deutschland muss weiterhin auf den europäischen Einigungsprozess hinarbeiten. Dazu gehört auch, all denen entgegenzutreten, die eine Rettung Griechenlands verhindern wollen. Wie geht man mit diesem Rettungspaket um? – Wir denken, dass man bessere Lösungen erarbeiten muss. Wir müssen mit der griechischen Regierung auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kamm, Sie haben den europäischen Einigungsprozess beschworen, den wir mit unserem Antrag auch nach vorne bringen wollen. Jetzt stelle ich Ihnen die Frage: Mit welchem Land innerhalb Europas haben wir bessere Beziehungen? Mit welchem Land ist der europäische Einigungsprozess besser gelungen? Sind es die Nachbarn wie Tschechien und Polen, die den Euro nicht haben? Oder ist das ein Euroland, Griechenland, das durch den Knebel des Reformpakets zunehmend Hass auf uns entwi-

ckelt? – Sie sagen, wir müssten den europäischen Einigungsprozess fortsetzen. Sehen Sie diesen nur mit dieser ewigen Weiter-Retterei à la Griechenland gewährleistet? Sehen Sie den europäischen Einigungsprozess denn nicht besser mit Ländern wie Polen und Tschechien gelungen, die in Ruhe arbeiten können?

Christine Kamm (GRÜNE): Mit welchem Land der bisherige europäische Einigungsprozess in der Vergangenheit besser gelungen ist, ist unerheblich. Die Situation ist so, wie sie jetzt ist. Sie wissen ganz genau, was im Falle eines Grexit passieren würde. Das wäre eine humanitäre Katastrophe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und was ist jetzt?)

– Das ist überhaupt nichts im Vergleich zu dem, was im Falle eines Grexit passieren würde.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Weidenbusch. Bitte schön, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach einem langen Weg, nach einem quälenden Weg ist Griechenland heute Nacht dort angekommen, wo es hin muss. Wenn Sie sich die Debatte im griechischen Parlament gestern Nacht angehört haben, wenn Sie die Mitteilungen der PASOK, der Nea Dimokratia, der SYRIZA von gestern Abend und vom heutigen Tag gehört haben, steht in Griechenland unmittelbar bevor, dass es eine Regierung geben wird, die die extremen Kräfte am linken und rechten Rand nicht mehr beinhalten wird. Diese Regierung wird mit einer deutlich breiteren Mehrheit als bisher beginnen können, die Probleme Griechenlands aufzuarbeiten. Das ist eigentlich auch der Weg, der Griechenland guttut und der Europa guttut.

Letztendlich ist die jetzige Situation Griechenlands zunächst einmal der Tatsache geschuldet, dass große griechische Volksparteien über Jahrzehnte einen Politikstil und

einen Politikführungsstil gepflegt haben, der eher dem eigenen Wohlergehen als dem Wohlergehen des Landes geschuldet war. Wir alle in Europa müssen uns den Vorwurf gefallen lassen, dass wir sehr lange sehr tatenlos zugeschaut haben. Das griechische Volk hat daraus in seiner Wahl vom Januar 2015 die Konsequenzen gezogen, die klassischen Parteien in Griechenland massiv abgestraft und einer Regierung, von der durchaus bekannt war, dass sie politisch sehr unerfahren ist, die Mehrheit gegeben. Natürlich hat das Zeit gekostet, weil die SYRIZA-Bewegung mit Tsipras an der Spitze die Dinge in einer Art und Weise angegangen ist, wie sie dem Umgang in der Europäischen Union, dem Umgang unter Nationen, dem Umgang mit der EZB und dem IWF nicht entsprechen. Dabei ist viel böses Blut entstanden, gerade auch wegen der Wortwahl. Es macht aber keinen Sinn, jetzt zu gewichten, wie viel böses Blut welche Seite verursacht hat. Zum Streiten gehören immer zwei.

Durch die deutliche Haltung der EU im März dieses Jahres ist in Griechenland klar geworden, wie die Lage wirklich ist. Die SYRIZA-Partei hat gestern Nacht, vertreten durch ihren Ministerpräsidenten, gezwungenermaßen deutlich gemacht, was die Wahrheit über die Lage Griechenlands und über die Lage der eigenen Regierung ist. Das hat dazu geführt, dass es danach Beschlüsse gegeben hat. Jeder, der für Europa ist, muss sich jetzt die Frage stellen, ob er an dieser Stelle, mit dieser Chance – es ist nach meiner Auffassung die beste Chance für Griechenland, die wir in den letzten fünf Jahren hatten – sagt, die zwölf Milliarden, um die es jetzt geht, die dürfen wir nicht mehr ausgeben. Das ist die Frage. Um diese Frage geht es heute.

Davor steht die Vorfrage, ob wir darüber verhandeln wollen oder nicht. Wissen Sie, angesichts dieser Situation in Griechenland, dieses Angebots in Griechenland, jetzt zu sagen, wir wollen jetzt nicht mehr verhandeln, das ist nicht sachgerecht. Das entspricht nicht einer europaorientierten, einer humanen, einer vorwärts gerichteten Politik. Aus diesem Grund sehen wir als CSU keine Veranlassung, dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zuzustimmen, denn er wäre allenfalls dann diskussionswürdig, wenn wir ein Verhandlungsergebnis hätten, das es zu beurteilen

gibt und nicht zustimmungsfähig ist, wenn es um die Frage ginge, ob überhaupt verhandelt wird.

Dem GRÜNEN-Antrag könnte man - und das ist nahezu paradox - bis zu dem Wort "Begründung" wahrscheinlich problemlos zustimmen. Den Text, den Sie da formulieren, könnten wohl große Teile dieses Hauses mittragen. Sie begründen das leider danach aber so, dass man den Antrag nur ablehnen kann.

(Zurufe von den GRÜNEN: Die Begründung ist kein Teil des Antrags!)

Aus unserer Sicht gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie ziehen die Begründung zurück, dann müsste ich mit meiner Fraktion mal darüber reden, was wir dann machen. Oder Sie bleiben dabei, dann zwingen Sie uns - und das wissen Sie aber auch -, den Antrag abzulehnen, weil die ganze Begründung darauf abzielt, alles, was die Bundesregierung in Berlin bisher gemacht hat, für falsch zu erklären. Dem werden wir nicht folgen.

Ich werbe für die CSU-Fraktion beim momentanen Antragsstand deshalb ausdrücklich dafür, beide Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bevor ich das Wort zu einer Zwischenbemerkung erteile, möchte ich bekannt geben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. - Herr Kollege Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben in Ihrem Vortrag ein paar Mal von Wahrheit gesprochen. Aufgrund der Vergangenheit, die wir mit Griechenland erlebt haben, scheint mir das doch ein gewagter Begriff zu sein. So viel als Vorbemerkung.

Sie sprechen dieses Hilfspaket an und erklären, es sei im Sinne Europas unumgänglich. Das kann man so sehen, aber Ihre Fraktion und auch Ihre Abgeordneten in Berlin

haben zuletzt mehrfach betont: Bis hierher und nicht weiter! - Können Sie den Abgeordneten hier und den Bürgerinnen und Bürgern denn erklären, wieso Sie nun zu diesem Wandel in Ihrer Auffassung kommen? Ich fürchte, Sie werden auch einem vierten Paket zustimmen müssen. Sie werden sehen: Das wird ein Fass ohne Boden. Uns allen ist klar: Auch bei einem Austritt Griechenlands sind Hilfen notwendig, und das werden nicht wenige sein. Sie machen dieses Fass ohne Boden aber zum alltäglichen Geschäft. Ich möchte Sie deshalb fragen: Wie lange kann Ihre Fraktion das hier und in Berlin in diesem Maße mitmachen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So lange sie Geld haben!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Sie werfen selbstverständlich eine wesentliche Frage auf. Sie betrifft natürlich auch die Frage, wie jeder Einzelne die Situation beurteilt und abstimmt. In der CSU-Fraktion wird es mit Sicherheit auch Menschen geben, die die jetzige Situation so beurteilen, dass sie jedenfalls vielleicht Ihren Antrag nicht ablehnen, sondern sich enthalten wollen, wofür ich Verständnis hätte. Auf der anderen Seite haben Sie jetzt persönliche Meinungen angesprochen. Ich sage Ihnen dann auch meine persönliche Meinung: Wenn ich in dieser Welt herumschaue, dann sehe ich in Syrien einen Konflikt, im Irak einen Konflikt, in Nordafrika Konflikte, in Zentralafrika Konflikte, und ich brauche keinen zusätzlichen Konflikt in Griechenland.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den GRÜNEN)

Wissen Sie, wir unterhalten uns darüber – und jetzt komme ich ein bisschen zu dem Thema von Frau Kamm, aber ich möchte den Schlenker machen: Wir unterhalten uns darüber, wie viele Menschen aufgrund von Krieg und persönlicher Bedrohung im Rahmen von Asyl zu uns kommen. Wir alle wissen, dass Menschen zu uns kommen, weil der wirtschaftliche Hintergrund in ihrem Heimatland für sie unerträglich ist und sie bei uns eine neue Chance suchen. Wollen Sie denn allen Ernstes mit irgendwelchen

Wahnsinnsfantasien zum Rauswurf Griechenlands und einer Staatspleite nach dem Motto: "Schauen wir mal, wie es weitergeht" - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Reden Sie von Söder, oder von wem reden Sie?)

- Wollen Sie allen Ernstes dafür sorgen - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und was sagt Söder?)

- Wollen Sie allen Ernstes noch einen zusätzlichen Anreiz schaffen, dass auch die Menschen in Griechenland sagen: Hier ist es nicht mehr auszuhalten, hier habe ich keine Chance, ich muss woanders hin in Europa, wo es mir besser geht? – Ist denn nicht der Konsens, den wir alle für Europa geschaffen haben, dass wir dafür sorgen, dass es uns allen miteinander besser geht?

(Beifall bei der CSU)

Das ist meine persönliche Meinung, ich wollte Ihnen persönlich antworten, Herr Herz. Ich wollte Ihnen persönlich antworten. Ich sage Ihnen auch, ich kann nicht ausschließen, dass es noch einen vierten Versuch für ein Rettungspaket geben wird. Ich kann auch nicht ausschließen, dass Sie mir am Ende vorwerfen werden, dass ich einem Fass ohne Boden das Wort geredet habe. Ich sagen Ihnen aber auch: Das ist mir lieber als weitere Auseinandersetzungen, als weitere Konflikte, und es ist mir erst recht lieber als einen unnötigen Konflikt Deutschland – Griechenland fortzuführen, wenn wir die Chance haben, zu helfen und das zu überwinden. Das ist aber meine persönliche Meinung.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rinderspacher. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER nehmen wir heute im Bayerischen Landtag ein Stück weit die morgige Plenardebatte im Deutschen Bundestag vorweg. Ich denke, es steht uns gut an, wenn wir uns auch im Bayerischen Landtag mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen. Vorweg: Die Landtags-SPD wird dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht zustimmen. Er ist aus unserer Sicht im Kern antieuropäisch. Er hätte volkswirtschaftlich verheerende Folgen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der CSU)

Sie sprechen von Ehrlichkeit gegenüber dem Steuerzahler: Der Antrag ist gegenüber dem bayerischen und dem deutschen Steuerzahler geradezu verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Gipfelergebnisse für ein drittes Hilfspaket am vergangenen Wochenende sind sicherlich differenziert zu bewerten. In der Analyse möchte ich Herrn Kollegen Muthmann an der einen oder anderen Stelle sogar zustimmen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, haben an diesem Rettungspaket erhebliche Kritik anzumelden. Wir sagen, das kann nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir wollen aber das Verhandlungsmandat für die deutsche Bundesregierung, und deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Bundestag morgen gut beraten ist, der Bundesregierung dieses Verhandlungsmandat zu erteilen.

Es ist Schaden von Europa, es ist Schaden von Deutschland und es ist auch weiterer Schaden von Griechenland abgewendet worden, weil der Grexit verhindert werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Politiker wie Herr Söder, Herr Scheuer, Herr Ramsauer oder auch Herr Aiwanger den Grexit als Lösung popagieren, dann verschweigen sie die erheblichen Folgen, die gerade auch auf die bayerischen und die deutschen Steuerzahler zukämen. Ein

Grexit bedeutet nämlich den größtmöglichen Schuldenschnitt für Griechenland. Er bedeutet den Totalausfall für die deutschen Bürgschaften und für die deutschen Garantien. Damit popagieren Sie die denkbar schlechtesten Folgen für den deutschen Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich würden die Garantien und Bürgschaften nicht von jetzt auf nachher fällig werden, aber innerhalb der nächsten Jahre, und es wären auf einen Schlag 85 bis 90 Milliarden Euro weg. Das entspricht fast einem bayerischen Doppelhaushalt oder einem Viertel eines deutschen Bundeshaushalts. Ich frage Sie, Herr Aiwanger oder auch Herr Söder – wenn er da wäre: Wie wollen Sie das eigentlich gegenfinanzieren? Sie müssen dazusagen, dass es für die deutsche Bevölkerung Steuererhöhungen in erheblichem Maße geben müsste. Wollen Sie an den Schulen sparen? Wollen Sie Polizeidienststellen einsparen? Wie wollen Sie diese 90 Milliarden mit Ihrem Vorschlag eigentlich wieder reinholen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie verschweigen außerdem die hohe Ansteckungsgefahr für die anderen europäischen Volkswirtschaften. Gerade in unseren Tagen wären die Risiken für Italien völlig unkalkulierbar. Der Vorstand der Landtags-SPD war erst vor zwei Wochen in Rom; wir haben dort auch Gespräche mit italienischen Parlamentariern geführt. Bereits an jenem Montag, als das griechische Referendum bekannt geworden war, verteuerte sich die Refinanzierbarkeit des italienischen Staates um einen halben Prozentpunkt. Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft innerhalb der Eurozone. Sie hat im Moment nur mickrige Wachstumsraten, dafür eine umso schlechtere Refinanzierbarkeit der eigenen Schulden, die von Tag zu Tag schlechter wird. Das können Sie beobachten. Es wäre nicht auszudenken, wenn Europa im Gesamten ins Schlingern geriete, weil wir es nicht hinbekommen, Griechenland, das nur 3 % der europäischen Wirtschaft ausmacht, zu stabilisieren.

Die Abwendung des Grexit ist die bessere Variante für die Griechen. Der Währungszerfall würde bedeuten: Pleitenwelle und Armut pur, weiterer Verfall der Wirtschaft, Zusammenbruch des Renten- und Gesundheitssystems, Griechenland wäre von jetzt auf nachher Dritte-Welt-Land, aber noch Mitglied der Europäischen Union, und – Frau Kamm hat es ausgeführt – die Armen würde es besonders hart treffen. Das kann nicht europäische Politik sein, die Reichen laufen zu lassen und die Armen an die Kandare zu nehmen. Das kann man so nicht machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man kann noch so oft sagen, die Griechen haben es doch selbst verbockt und sind selbst schuld; wer auf eine Bestrafungsaktion mit einem Grexit setzt, der schießt sich, wie gesagt, selbst ins Knie.

Die Einigung vom Wochenende ist auch deshalb gut, weil Europa Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Die Vertreter großer und kleiner Staaten, die insgesamt über 500 Millionen Menschen repräsentieren, haben nach schwierigen Verhandlungen am Ende dann doch geschafft, was über Monate hinweg ausgesprochen schwierig gewesen war, nämlich eine Einigung.

Die aufgeworfenen Fragen sind mit Blick auf die konkreten Verhandlungsergebnisse dennoch durchaus bedeutsam. Bedeuten die Beschlüsse vom Wochenende nicht in entscheidenden Ausformulierungen ein bloßes "Weiter so"? – Herr Muthmann, da bin ich bei Ihnen: Auch wir halten das für völlig falsch. Wir als SPD haben stets gesagt: Neue Kredite kann es nur gegen neue Reformen geben. Das bedeutet, sowohl die Schuldbedingungen zu hinterfragen als auch die Reformen selbst. Bei genauerem Hinsehen kommt man sowohl auf der einen Seite als auch auf der anderen Seite der Medaille durchaus zu Fragestellungen, die im Ergebnis unbefriedigend sind. Griechenland wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, und zwar auch nicht nach 2020, Geld auf den Kapitalmärkten zu beschaffen. Etwas anderes zu behaupten, wäre tatsächlich Augenwischerei. Die Kanzlerin verlegt die Schuldenproblematik Griechen-

lands ganz einfach auf die Zeit nach ihrer Kanzlerschaft. Kreditlinien werden gestreckt. Zinsen werden gestundet. Damit ist der Kanzlerin innenpolitisch natürlich geholfen; denn sie muss nicht plötzlich verkünden, dass 90 Milliarden versenkt sind. Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin im Kanzleramt wird das tun müssen, wogegen sie sich aus innenpolitischen Gründen sträubt, nämlich den Schuldenschnitt durchführen, der auch aus Sicht des Internationalen Währungsfonds unausweichlich ist.

Es gibt gegenwärtig nur zwei Möglichkeiten, aus der Misere herauszukommen: Entweder Schulden 30 oder 40 Jahre lang zins- und tilgungsfrei zu stellen, um dann den Schnitt zu machen, oder laufend Geld nach Athen zu überweisen, sich also selbst Zins und Tilgung zu bezahlen. Dann sind wir übrigens tatsächlich in der Transferunion, die die Union immer vermeiden möchte, weil wir in einen Kreditkreislauf hineinkommen, den man als irre beschreiben muss: neue Kredite, um alte Kredite abzubezahlen – das ist verrückt. Ich bin gespannt, wie die Kanzlerin das morgen im Deutschen Bundestag der deutschen Bevölkerung erklären will.

Meine Damen und Herren, somit ist der erste Teil des Rettungspakets, nämlich Griechenland dauerhaft ein Stück weit von seiner Schuldenlast zu befreien, zumindest in diesem entscheidenden Punkt lückenhaft.

Auch das Reformpaket, das den Griechen aufoktroiert wird, wirft Fragen auf. Das Land muss zweifellos Missmanagement, Misswirtschaft, Steuerhinterziehung und Klientelpolitik bekämpfen. Die griechische Politik hat schwere Fehler gemacht, keine Frage – Herr Weidenbusch hat das schon ausgeführt. Es ist ein Skandal, dass alle Regierungen, egal ob konservativ oder sozialdemokratisch bis zu SYRIZA, die Millionäre haben laufen lassen. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die aktuelle SYRIZA-Regierung hat mit einem beispiellosen Zickzackkurs und Kapitalverkehrskontrollen die Lage im eigenen Land nochmals dramatisch verschlimmert statt verbessert. Das Referendum hat nichts zum Besseren geführt, sondern alles nur noch

schlimmer gemacht – auch innenpolitisch für die Griechen. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, wenn die griechische Seite zum Beispiel mit Blick auf die deutsche Verhandlungsführung von "Terroristen" spricht.

Ja, die Griechen müssen endlich einen effizienten Steuervollzug organisieren. Meine Damen und Herren, wer aber versteht den Zynismus, dass es in Griechenland nach dem jetzigen Paket nach neoliberalen Muster zum Beispiel keinen Ladenschluss mehr geben darf oder die Sonntagsarbeit forciert wird? – Ausgerechnet von konservativen, christlich geprägten Regierungen wird den Griechen aufoktroiert, zukünftig sonntags in besonderer Weise tätig zu sein.

(Erwin Huber (CSU): Das haben die Sozialisten in Frankreich durchgesetzt!)

Gleichzeitig wird jeder internationale Druck verhindert, dass griechische steuerpflichtige Vermögen auf Schweizer und Liechtensteiner Bankkonten dem griechischen Staat zugänglich gemacht werden. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Wie ehrlich ist also das Reformpaket, wenn von Privatisierungsgewinnen in 50-facher Milliardenhöhe die Rede ist? – Experten sagen, dass sie nie und nimmer erlöst werden, noch dazu, dass der Treuhandfonds als Instrument der Entmündigung der griechischen Nation fragwürdig ist.

Man darf gespannt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob die deutsche Bundeskanzlerin morgen im Parlament Fehler eingestehen wird und ihre bisherige Rettungspolitik für Griechenland im Kern für gescheitert erklärt. Wer sich heute die Rede der Bundeskanzlerin zum zweiten Rettungspaket vom Februar 2012 noch einmal zu Gemüte führt, stellt fest: Nichts von alledem, was die Kanzlerin damals versprochen und prognostiziert hat, ist eingetreten: nicht die wirtschaftliche Erholung Griechenlands, die Schuldentragfähigkeit ist schlechter denn je, der Schuldendienst gegenüber dem IWF wurde vor Kurzem eingestellt, die Arbeitslosenquote beträgt 25 %, die Jugendarbeits-

losigkeitquote 50 %, die Wirtschaftsleistung ist nicht gewachsen, sondern dramatisch geschrumpft, Kürzungen von Renten und Mindestlohn. Die Strategie des angeblichen Gesundsparens – das hat die Union über viele Jahre propagiert – war verfehlt. Das Gesundsparen war ein ruinöses Kaputtsparen, und Merkels Austeritätsstrategie für Griechenland ist vollends gescheitert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Politisch hat die deutsche Bundeskanzlerin die Dimension der griechischen Tragödie für die gesamte europäische politische Systematik lange unterschätzt. Ihr Krisenmanagement war zu zögerlich, kam zu spät, war wenig entschlossen, wurde innenpolitisch motiviert. Auf europäischer Ebene wurde nicht organisiert, was zu organisieren war. Die Kanzlerin hat auf Zeit gespielt und macht das erneut. Auch wenn wir zu anderen Schlüssen als die FREIEN WÄHLER kommen, sagen wir: Dieses Krisenmanagement darf sich nicht fortsetzen. Schluss mit der Austerität! Statt Europa die Luft zum Atmen zu nehmen, müssen wir mit Investitionen wieder Luft unter die Flügel bringen. Das ist auch und gerade im Interesse deutscher Steuerzahler und deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundeskanzlerin hat nicht die Kraft gefunden – so scheint es –, die zentralen Defizite der ersten Griechenland-Pakete zu beseitigen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Es fehlt die Wachstumsperspektive, es fehlt das ökonomische Aufbauprogramm, es fehlt ein konkreter Investitionsentwurf für Griechenland. Ein solches Aufbauprogramm könnte zum Beispiel durch eine europäische Finanztransaktionssteuer finanziert werden; doch deren Durchsetzung geht der deutsche Finanzminister leider nicht genauso kraftvoll an wie sein Rezessionsdiktat gegenüber Griechenland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb brauchen wir den Kurswechsel: mehr wirtschaftliche Dynamik statt Spardiktat, Stopp der Kapitalflucht in Europa und Rückführung von Vermögen nach Griechenland.

(Beifall bei der SPD)

Was aber neben den volkswirtschaftlichen Implikationen zusätzlich Schaden genommen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die politische Einheit Europas. Wenn die Bundeskanzlerin auf dem Titel des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" als Trümmerfrau dargestellt wird, dann deshalb, weil sie aus dem europäischen Erbe ihres Vorbilds Helmut Kohl zwischenzeitlich einen unübersehbaren Scherbenhaufen produziert hat. War Kohl ein Versöhner und eine europäische Integrationsfigur, so ist Europa heute zutiefst gespalten. Freunde von einst sind zerstritten und begegnen sich mit Misstrauen.

Wir erleben eine politische Renationalisierung Europas, die nicht nur Helmut Kohl auf dem Krankenbett selbst, sondern uns allen Sorgen bereiten muss. Tatsächlich kommt nationale Rhetorik immer mehr in Mode, auch bei uns in Deutschland. Auch hier im Bayerischen Landtag erleben wir seit Wochen bei Themenauswahl und politischer Rhetorik eine spürbare Rechtsdrift zweier Parteien, die in immer schrilleren Tönen um die Wähler am rechten Rand buhlen, nämlich CSU und FREIE WÄHLER. - Wir sagen: Lassen Sie uns besser Politik für ein Europa der Demokratie, der Verständigung, der Solidarität und des Friedens in guter Nachbarschaft machen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Zu einer Zwischenbemerkung Herr Kollege Muthmann, bitte.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Rinderspacher, vorab der Hinweis, dass heute von uns niemand von Grexit gesprochen hat, und das ganz bewusst. Sie haben mit einem nochmaligen, auch von uns für richtig gehaltenen flamm-

enden Appell für ein geeintes Europa als Zusammenschluss von Völkern mit auf der Grundlage einer freien Entscheidung demokratisch gewählten Regierungen abgeschlossen. In Bezug auf das Spardiktat, das wir derzeit in diesem Zusammenhang erleben, gibt es aber schon eine Frage. Sie kennen ja die einzelnen Vorgaben. Eine Mehrwertsteuererhöhung mit dem Ziel einer Konjunkturbelebung erscheint volkswirtschaftlich eher absurd. Weiter sind Rentenkürzungen durchzuführen, und es gibt die von mir schon angesprochene Vorgabe, dass die haushaltswirksamen Gesetze in Brüssel vorzulegen sind, und vieles andere mehr. Glauben Sie denn, dass das der richtige Weg ist, um den Zusammenschluss freier Völker in Europa auf eine tragfähige Grundlage und ein gutes Fundament zu stellen, oder sollten wir nicht wieder mehr auf Freiwilligkeit und Überzeugung setzen?

Eine zweite Bemerkung als Hinweis. Ihre Einschätzung, dass bei einer Ablehnung des dritten Hilfspakets gerade der Teil der Bevölkerung, der ohnehin schon wenig hat, noch notleidender werden würde, macht doch einen Blick auf die bisherigen Entwicklungen notwendig. Wir dürfen nicht so tun, als würden die beiden bisherigen Hilfspakete sowie das dritte, das jetzt ansteht, insbesondere den Menschen in Griechenland mit wenig Geld helfen. Es geht ganz im Gegenteil darum, dass die Griechen weiterhin ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Banken bedienen können. Das aber wollen wir gerade nicht. Ich glaube, dass eher unser Weg Ihrem Ziel näherkommen würde.

Ich wollte nur noch diese Anmerkungen machen und die Frage stellen, ob das Paket wirklich der Weg zu einem geeinten Europa auf guter und freiwilliger Basis sein kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Muthmann, Sie haben gesagt, in Ihrem Antrag sei von einem Grexit nicht die Rede und Sie hätten das auch mit keiner Silbe hier am Rednerpult erwähnt. Sie haben recht. Aber im Ergebnis bedeutet Ihr Antrag natürlich: Griechenland heraus aus der Eurozone. Was denn sonst?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Zweitwährung!)

– Von einer Zweitwährung ist in Ihrem Antrag überhaupt nicht die Rede. Sie sagen, es soll keine Verhandlungen geben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie dürfen uns nichts unterstellen, was wir nicht gesagt haben!)

Sie sagen, es soll kein Rettungspaket geben. Das bedeutet: Alle Bürgschaften und Garantien werden fällig, Griechenland geht insolvent, und der deutsche Steuerzahler schaut mit dem Ofenrohr ins Gebirge. Das ist die Folge Ihres Antrags, auch wenn Sie das Wort "Grexit" tunlichst vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch, Herr Muthmann, sind wir in der Analyse durchaus einig, dass das Rettungspaket, dessen Eckpunkte bereits bekannt sind, möglicherweise nicht ausreichen wird, Griechenland wirklich zu helfen. Uns fehlen wirtschaftliche Impulse. Wo ist das Investitionspaket? Es ist nicht erkennbar. - Im Gegenteil scheint an der einen oder anderen Stelle der Würgegriff mit Blick auf die griechische Nation eher noch etwas härter zu sein, und das hilft niemandem.

Was macht eine Sparkasse, die plötzlich vor der Problematik steht, dass ein Schuldner arbeitslos wird und sein Immobiliendarlehen nicht zurückzahlen kann? - Sie bemüht sich natürlich zunächst einmal um Gespräche, wie sie dem Schuldner helfen kann. Sie möchte definitiv keinen Totalausfall; aber so etwas bedeutet ihr Antrag im Kern.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ein Totalausfall würde niemandem nützen, sondern im Gegenteil erheblichen Schaden für Griechenland selbst, für Europa, aber auch für die deutschen Steuerbürger bedeuten. Deshalb kommen Sie zu einer falschen conclusio, auch wenn Sie in der Analyse, dass das Paket nicht hinreichend ist, durchaus richtige Ansätze haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, ich nehme an, dass die Union und die SPD morgen gemeinsam dem Start weiterer Verhandlungen zustimmen werden. Dennoch möchte ich einen deutlichen Widerspruch gegenüber Ihren Ausführungen anbringen. Sie haben nämlich jetzt im Grunde eine Position eingenommen, die sehr an Eurobonds, das heißt an eine gemeinsame Schuldenteilung in Europa, erinnert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommt so oder so!)

Das ist nicht unsere Position, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, dass sich eine Nation über Gebühr verschuldet und ohne Rücksicht auf die eigene Leistungsfähigkeit Geld ausgibt, um dann den übrigen Ländern im Eurobereich die Rechnung zu präsentieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr gebt noch einmal 80 Milliarden hinterher!)

Das kann nicht solidarisch sein, meine Damen und Herren.

Als Drittes haben Sie gesagt, dass Sie einen eigenen Sparbeitrag der griechischen Austeritätspolitik zumindest in dieser Form ablehnen. Dazu muss ich Folgendes sagen. Wenn Sie die Ausgabendynamik in Griechenland in verschiedenen Bereichen nicht brechen, wird jedes Hilfsprogramm in kurzer Zeit von der Dynamik der Ausgaben überrollt sein. Griechenland muss seinen Haushalt selbst auf eine solche Basis stellen, dass er eine dauerhafte Stabilität ermöglicht. Das aber geht nur, wenn man die Dynamik im Ausgabenbereich reduziert. Was Sie als Austeritätspolitik bezeichnen, ist Liederlichkeit bei der Gewährung von Krediten. Wir können nicht einfach Griechenland Kredite ohne Bedingungen geben. Solidarität setzt eine Eigenleistung Griechenlands

voraus. Andernfalls kann der Rest der Europäischen Gemeinschaft keine Solidarität leisten. Wir müssen Griechenland, der griechischen Regierung, aber auch den Menschen dort klarmachen: Hilfe gibt es nur für den, der selber etwas leistet.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Kein Widerspruch, Herr Huber. Die SPD hat immer gesagt: Neue Kredite kann es nur gegen entsprechende Reformen geben. Wir halten es für ausgesprochen bedenklich, dass die griechische Regierung nicht bereit ist, beispielsweise den Verteidigungshaushalt ein Stück weit zu kürzen. Griechenland hat innerhalb der Europäischen Union nach Großbritannien die zweithöchsten Verteidigungsausgaben, und das als Nato-Mitglied, das auf die Beistandspflicht der anderen bauen könnte, auch wenn es auf 400 oder 500 Millionen Euro verzichten würde.

Selbstverständlich muss es den Beitrag der Griechen geben. Aber, Herr Huber, wir sollten auch in der differenzierten Debatte ein Stück weit ehrlich sein. Sie sprechen von Eurobonds und lehnen die Vergemeinschaftung von Schulden ab. Aber was sind denn die fast 300 Milliarden Euro Schulden der Griechen? Erleben wir da etwas anderes als die Vergemeinschaftung von Schulden? Was hat die EZB gemacht? - Sie hat in erheblichem Maße Schulden vergemeinschaftet, und da stecken wir nun einmal mit drin. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, wie wir da wieder herauskommen und welcher der beste Weg ist. Es geht nur darum, was der beste Weg ist. Es geht nicht darum, sich gegenseitig rhetorisch zu überflügeln, wer die Griechen härter an die Kandare nimmt und wer nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch nicht darum, in Wahrheit das zu organisieren, was Sie in Ihrer Rhetorik ablehnen; denn das, was die Kanzlerin jetzt vorhat, ist nichts anderes als die Dynamisierung der Transferunion. Wenn Kredite gestreckt bzw. prolongiert und Zinsen gestundet werden, dann entsteht ein Kreditkreislauf, in dem alte Kredite von neuen Krediten abgelöst werden. Das kann doch wirklich in niemandes Interesse sein – nicht in

Ihrem, nicht in unserem, nicht im griechischen Interesse. Das wäre erst recht nicht im Sinne der deutschen Steuerbürger. Deshalb erwarte ich jenseits der Wahlkampfrhetorik ein Stück weit mehr Ehrlichkeit in dieser Debatte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte noch hier vorn. – Für eine weitere Zwischenbemerkung Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Rinderspacher, könnten Sie auch angesichts der Frage des Kollegen Huber noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland der Schuldenschnitt von 1954 sehr geholfen hat und dass wir ohne diesen Schuldenschnitt nicht die wirtschaftliche Entwicklung hätten nehmen können, die wir genommen haben?

(Unruhe bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Das ist tatsächlich so, wobei historische Vergleiche immer schwierig sind, Frau Kollegin Kamm.

Der Internationale Währungsfonds sieht die Schuldentragfähigkeit von Griechenland in keiner Weise als gegeben an. Die Schuldensituation wird sich bis 2020 noch einmal verschlechtern; dann wird der Schuldenstand auf über 200 % des Bruttoinlandsprodukts gestiegen sein. Es hat keinen Sinn, nach einer nüchternen Analyse dieser Zahlen von einer Streckung der Kredite über 30, 40 oder gar 60 Jahre zu reden. Das wäre nur insofern gut und schön, als man damit das Problem innenpolitisch ein Stück weit weggedrückt hätte. Nachfolgende politische Generationen müssten sich damit umso intensiver beschäftigen.

Was wir definitiv benötigen, ist eine ehrlichere Analyse, auch jenseits von Wahlkampfgetöse. Deshalb war der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zwar eine gute Initialzündung für eine Debatte hier im Landtag. Aber die Art und Weise, in der hier dann doch wieder diskutiert worden ist, zeigt, dass offensichtlich auch bei uns innen-

politische Überlegungen das Anerkennen volkswirtschaftlicher Realitäten und der Bedeutung eines an europäischen bzw. internationalen Erfordernissen ausgerichteten Handelns ein Stück weit überlagern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Gehring hat sich noch gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass von dieser Debatte ein Signal aller Fraktionen für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone und für eine europäische Vision ausgeht. Deswegen begrüße ich die Beiträge der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, der SPD und des Kollegen Weidenbusch von der CSU. Sie, Herr Weidenbusch, haben hier eine sehr überlegte, besonnene Rede gehalten. Sie haben gesagt, Sie könnten unserem Antrag zustimmen, wenn wir die Begründung ändern oder streichen würden. Die Begründung gehört eigentlich nicht zum Antrag dazu. Wir haben über Umformulierungen und die Streichung nachgedacht. Dennoch ist es Ihnen angesichts der Kürze der Zeit offensichtlich nicht möglich, dem zuzustimmen. Deshalb halten wir unseren Antrag in der ursprünglichen Fassung aufrecht.

Ich halte es dennoch für notwendig, dass wir über die Fraktionen hinweg die Gemeinsamkeiten bei diesem Thema betonen. Wir wollen deutlich machen, dass der Weg, den wir mit Griechenland gehen müssen und gehen werden, Verhandlungen auf Augenhöhe beinhaltet. Wir müssen Möglichkeiten finden, die griechische Gesellschaft und die griechische Wirtschaft angemessen zu unterstützen. Insoweit sollten wir möglichst Einigkeit zeigen. Wenn wir einen gemeinsamen Antrag hätten einbringen können, wäre es schön gewesen. Wir werden, wie gesagt, unseren Antrag in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung stellen. Sie können ihm gern zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Dr. Merk um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wie soll es mit Griechenland weitergehen? - Das ist eine Frage, die sich immer noch zunächst einmal die Griechen selbst stellen müssen; sie müssen sie auch selbst beantworten. Wenn Griechenland als entwickelte Demokratie dauerhaft zu Europa gehören und wieder den europäischen Lebensstandard genießen möchte, muss das Land selbst die hierfür notwendigen stabilen Institutionen und Strukturen schaffen und diesen Wohlstand erwirtschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass Athen dies in den langen Jahrzehnten der EU-Mitgliedschaft noch nicht geschafft hat, hat es allein selbst zu verantworten. Das ist mehr als ernüchternd.

Wie soll es mit Griechenland weitergehen? - Das ist auch zu einer innenpolitischen Frage geworden. Sollen wir Griechenland trotz allem immer noch dabei helfen, bei europäischen Standards anzukommen? - Diese Frage zu beantworten fällt nicht leicht. Denn natürlich hat Griechenland, hat die linksradikale Regierung in Athen, haben Premier Tsipras und sein außer Rand und Band agierender Ex-Finanzminister Varoufakis das nötige Vertrauen erst einmal zerstört. Natürlich sind die Kennzahlen der griechischen Wirtschaft gerade in den vergangenen Wochen wegen des Kamikaze-Kurses von Tsipras und Co. noch einmal dramatisch schlechter geworden. Natürlich machen die begleitenden Äußerungen von Tsipras und seinen Leuten von gestern Abend im griechischen Parlament nicht allzu viel Hoffnung auf einen wirklich nachhaltigen Sinneswandel in Athen.

Aber – jetzt kommt das ganz große Aber – wir dürfen uns bei unseren Entscheidungen darüber, wie es weitergehen soll, nicht von Emotionen leiten lassen. Wir müssen in unserem ureigenen Interesse nüchtern entscheiden und uns von der Vernunft leiten lassen.

Lieber Herr Rinderspacher, ich meine, Sie irren, wenn Sie behaupten, dass die Rettungspolitik nicht gewirkt habe. Sie hat gewirkt. Spanien, Portugal, Irland und sogar Zypern haben das gezeigt. Diese Staaten wären ganz schön frustriert, wenn man ihnen jetzt sagen würde, das sei alles umsonst gewesen. Auch in Griechenland zeigte sich, bevor die Linksregierung den Wirtschaftsaufschwung, der eingesetzt hatte, ab Januar ruiniert hat, doch deutlich, dass man mit dieser Rettungspolitik eine Menge bewegen kann. Ein Wirtschaftsaufschwung begann. Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück. Man war auf einem guten Weg.

Wir müssen bedenken, was drohen würde, wenn wir jetzt die Rettungspolitik für Griechenland abbrechen. Wir haben es gehört: eine humanitäre Katastrophe in einer Zeit, in der das Land von einer riesigen Flüchtlingswelle überschwemmt wird und in der Russland offen seine geostrategischen Interessen verfolgt.

Hauptargument ist meines Erachtens – das haben viele Kollegen heute schon angesprochen –, dass die EU in ihren Grundfesten wohl stark erschüttert würde. Wenn wir jetzt zuließen, dass Griechenland aus Europa herausbricht, dann würden wir damit zeigen: Europa ist nicht imstande, zusammenzuhalten.

Das, was unsere Bundeskanzlerin auf den Weg gebracht hat, ist wichtig. Dies wird umso deutlicher, wenn wir uns klarmachen, was noch am Sonntag los war. Die Finnen und die Balten sagten ganz klar: Nicht mit uns! – Es gab innerhalb Europas, von Frankreich bis Finnland, eine Zerrissenheit, die extrem problematisch war. Ich betone: Das, was unsere Kanzlerin mit ihren Kolleginnen und Kollegen dann innerhalb einer Nacht auf den Weg gebracht hat, ist unendlich wichtig und richtig gut.

Zudem wäre der weltwirtschaftliche Schaden einer Nichteinigung wohl immens gewesen. Deutschlands Reputation in der Welt hätte ebenso stark gelitten wie unser Verhältnis zu Frankreich. All das müssen wir in Rechnung stellen. Wir müssen uns klar darüber sein, dass es nicht nur um Fiskalpolitik und Haushaltszahlen geht, sondern um viel mehr. Das Paket, das am Wochenende beschlossen wurde, wird weltweit ganz

überwiegend als großer Verhandlungserfolg gewertet, meist sogar gefeiert. Dieses Paket kann Griechenland im Grundsatz doch noch auf die richtige Spur zurückbringen. Einzig und allein darum geht es im Moment. Es geht darum, eine echte Reformpolitik, die auch mit Strukturänderungen verbunden ist, zu erreichen. Dafür ist dieses Paket gut. Es eröffnet eine Chance. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir diese Chance nicht zerstören dürfen, bevor wir nicht ausgelotet haben, ob sie realisiert werden kann.

Mit dem Gipfelbeschluss vom Montag – das möchte ich deutlich unterstreichen – werden all die Prinzipien, auf deren Einhaltung wir immer gepocht haben, strikt eingehalten: Solidarität nur gegen Solidität, Geldtransfer nur gegen strukturelle Reformen, Aktivieren statt Alimentieren, Hilfe nur gegen deutliche Schritte in Richtung auf Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit. Zudem wird die Konditionalität verschärft. Die Kontrolle wird engmaschiger; auch das ist notwendig.

Angesichts dessen sage ich: Wolfgang Schäuble und unsere Bundeskanzlerin haben hervorragend verhandelt und sehr harte Ergebnisse erzielt. Der Erfolg ist immer noch möglich, wenn denn – und nur wenn – Griechenland jetzt auch wirklich liefert. Es liegt also allein an Tsipras und Co., ob das so kommt.

Die Annahme der ersten Reformgesetze heute Nacht in Athen kann jetzt immerhin zum Anfang einer neuen Vertrauensbildung beitragen. Und das, meine ich, ist der richtige Ansatzpunkt. Nur so kann es weitergehen. Griechenland muss die Hürden nehmen; ansonsten liegen alle Optionen selbstverständlich wieder auf dem Tisch. Das hat Wolfgang Schäuble heute Morgen noch einmal ganz klar bestätigt. Entscheidend ist: In Sachen Griechenland gibt es keine einfachen Antworten. Das müssen auch Sie von den FREIEN WÄHLERN einsehen. Sie folgen der populistischen Sehnsucht nach einem klaren Cut,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Söder! Söder! Söder sagt das!)

Sie hoffen auf die finale Lösung der Probleme durch ein Ende der Hilfen. Ein solcher klarer Schnitt – das sage ich auch noch einmal ganz deutlich – wäre beileibe nicht - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Söder sagt "Grexit"!)

– Seien Sie doch nicht so unhöflich mit Ihrer lauten Stimme. Sie sind jetzt nicht dran.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie unterstellen Dinge, die nicht stimmen!)

Sie haben es so gesagt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist eine Falschaussage!

Ihr Antrag, Herr Aiwanger, ist von Ihnen geschrieben worden und von niemand anderem.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist genauso gelogen! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU – Zuruf von der CSU: Wer hat den Antrag denn geschrieben, wenn nicht Sie selbst? – Unruhe – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So was schreiben schon unsere Mitarbeiter!)

Da kommt jetzt die gesamte Arbeitstaktik der FREIEN WÄHLER auch noch auf den Tisch. Aber belassen wir es dabei.

(Unruhe)

Wenn wir jetzt die Hilfen abrupt abbrechen würden, würden die Probleme noch größer werden, und zwar nicht nur für Griechenland, sondern ganz besonders auch für uns und für die anderen europäischen Länder – und das nicht nur heute, sondern für eine lange Zeit und mit unabsehbaren Folgen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitte ich Sie um Ablehnung des Antrags der FREIEN WÄHLER. Zum Antrag der GRÜNEN möchte ich nichts mehr ausführen. Was vorhin der Kollege Weidenbusch dazu gesagt hat, reicht, wie ich finde, aus.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/7580 mit einfacher Abstimmung abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen bitte! – CSU und FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung.

(Zurufe: Die Enthaltungen!)

Ach so. Gibt es Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen, eine bei der SPD und eine bei den FREIEN WÄHLERN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag trotzdem abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung, zum Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Drucksache 17/7552. Die Urnen stehen bereit. Sind genügend Leute da? Können wir mit drei Minuten arbeiten?

(Zurufe: Ja!)

Gut. Drei Minuten dann.

(Namentliche Abstimmung von 16.13 bis 16.16 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Wir können dann in der Tagesordnung fortfahren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. - Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung von vorhin bekannt. Das war der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Strohmayer und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "De-

mographische Rendite von 555 Stellen an den Realschulen belassen", Drucksache 17/7551. Mit Ja haben gestimmt 66, mit Nein 86, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kein drittes Hilfspaket für Griechenland: Für einen fairen und ehrlichen Umgang mit dem bayerischen Steuerzahler und dem griechischen Hilfsbedarf" auf der Drucksache 17/7552 bekannt. Mit Ja haben 15, mit Nein 124 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 6 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Anm.: Abg. Dr. Karl Vetter konnte lt. eigener Aussage an der namentlichen Abstimmung nicht teilnehmen, weil der Aufruf zur Abstimmung nicht hörbar war.)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Kein drittes Hilfspaket für Griechenland: Für einen fairen und ehrlichen Umgang mit dem bayerischen Steuerzahler und dem griechischen Hilfsbedarf (Drucksache 17/7552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin			X	Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald			
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael				Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			X	Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus		X		Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette		X	
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	15	124	6